

POLITIK

„Ich versuche, meine Familie zu schützen“

Sachsens CDU-Regierungschef Michael Kretschmer über
die AfD, die Grünen und Hausbesuche von Nazis



Zur Person

Mit Höhen und Tiefen kennt sich Michael Kretschmer, 48, aus. Von 2002 bis 2017 saß der gebürtige Görlitzer für die CDU im Bundestag, verlor dann knapp seinen Wahlkreis gegen den Malermeister Tino Chrupalla, heute Chef der AfD. Drei Monate später wurde Kretschmer nach dem überraschenden Rückzug von Stanislaw Tillich Ministerpräsident von Sachsen. Kretschmer ist verheiratet und Vater von zwei Söhnen.



„Damit darf die Bundesregierung nicht durchkommen“: Kretschmer auf einer Bauerndemo in Dresden am 10. Januar

Benedikt Becker und Miriam Hollstein

Herr Kretschmer, Sind Sie politisch schon ein „Dead Man Walking“?

Was soll ich sein?

Aus dem gleichnamigen Hollywoodfilm: ein Todeskandidat.

Sehe ich so aus?

Nein. Glaubt man den Umfragen, haben Sie aber allen Grund, gestresst zu sein. Da haben Sie und Ihre Koalitionspartner von SPD und Grünen derzeit keine Regierungsmehrheit.

In der letzten Umfrage gab es eine Mehrheit für die Regierung. Ich bin dennoch davon überzeugt, dass sich nur wenige Menschen ständig Umfragen anschauen und fragen: So, und was für eine Regierung machen wir daraus? Die meisten nehmen dafür das Wahlergebnis. Das ist auch mein Ziel.

Im Herbst sind drei Landtagswahlen, darunter auch Ihre in Sachsen. Bei allen dreien droht ein Sieg der AfD. Sie sind 2017 mit dem Ziel angetreten, Ministerpräsident aller Sachsen zu werden. Sind Sie mit dem Anspruch gescheitert?

Wir konnten nach der Landtagswahl 2019 eine arbeitsfähige Regierung bilden. Die vergangenen Jahre waren durch Coronapandemie, Energiekrise, Rezession und auch den Strukturwandel schwierig. Ich bin davon überzeugt, dass stabile Verhältnisse diesem Land gutgetan haben und dass man das auch an den Zahlen sehen kann.

Warum sind dann laut Umfragen nur etwa 30 Prozent der Sachsen überzeugt, dass Ihre Partei dem Freistaat gutgetan hat?

Wir können uns in Sachsen nicht abkoppeln von einer bundesweiten Stimmung. Es gibt große Sorgen und Herausforderungen, die nicht von einer Landesregierung allein gelöst werden können, sondern nur von der Bundesregierung: Migration, Versorgungssicherheit, Ukrainekrieg, Energiepolitik, Bürokratie und Deindustrialisierung. Mit jeder Wahl und jeder Umfrage schreiben die Bürger diese Themen der Politik ins Pflichtenheft. Unternehmen verlassen Deutschland. Wirtschaftsverbände äußern sich unmissverständlich. Wir machen große Konferenzen mit Bürgermeistern und Landräten. Es ändert sich nur nichts.

Ist das Ihr Ernst? Der Bund soll schuld sein, dass Sie in Ihrem Land in Schwierigkeiten sind?

Sagen Sie mir ein Beispiel, wo die Landespolitik derzeit eine Rolle spielte?

Nordrhein-Westfalen. Da wurde Armin Laschet 2017 Ministerpräsident, weil zwei landespolitische Themen in den Fokus rückten: die Bildungspolitik der rot-grünen Regierung und das Versagen in der Kölner Silvesternacht.

Mir wäre es lieber, es ginge um Landespolitik. Aber ich mache mir keine Illusionen. Die Ampel hat den Glauben an die Lösungskompetenz von Rechtsstaat und Demokratie bei einem großen Teil der Bevölkerung zerstört. **Über Sie heißt es, Sie hätten jedem Sachsen**

schon mal persönlich die Hand geschüttelt. Was tut man, wenn man das Gefühl bekommt, dass die andere Seite gar nicht mehr reden will?

Grundsätzlich gilt: Ich spreche mit jedem, der mit mir sprechen möchte. Die Grenze ist da, wo ein Staatsanwalt zuständig ist. Mag sein, dass es Menschen gibt, die auch gar nicht mehr reden möchten. Aber der überwiegende Teil möchte es. Ich habe jedenfalls keinen Mangel an Gesprächspartnern.

Sie haben sich als einer der ersten prominenten CDUler an den Demos gegen Rechtsextremismus beteiligt. Was bringen solche Anti-AfD-Proteste?

Diese Demos geben Kraft und Mut. Auch Politikern wie mir. Und da, wo wir willkommen sind, ist es wichtig, dass wir von der Union auch hingehen und sprechen. Klar ist natürlich, die Demokratie verteidigt man am besten, wenn man zeigt, dass Demokratie und Rechtsstaat handlungsfähig sind und Probleme lösen.

Aber ist das mehr als ein Wohlfühl-Happening? Können Demos Wahlen beeinflussen?

Davon bin ich überzeugt. Je stärker ein Thema artikuliert wird, umso mehr prägt es auch den Diskurs. Ich glaube, diese Demonstrationen haben viel verändert. Was mich befremdet: wenn ich da Mitglieder der Bundesregierung demonstrieren sehe. Da denke ich: Wenn ihr eine andere Politik machen würdet, würdet ihr nicht so viele in die Arme der Rechtspopulisten treiben.

Sie finden, Regierungspolitiker haben da nichts verloren?

Zumindest sollten sich Teile der Bundesregierung fragen, ob sie selbst nicht Teil des Problems sind, warum so viele Menschen Wut empfinden und Populisten ihre Stimme geben wollen. Die Demonstrationen verlangen im Kern von den gewählten Politikern, dass sie den Populisten den Nährboden entziehen – durch eine entschlossene Politik des gesunden Menschenverstands.

Moment, der Aufstieg der AfD begann lange vor der Ampel. Schon 2019 kam sie in Sachsen auf 27,5 Prozent, Sie waren damals bereits Ministerpräsident, die CDU regierte seit 1990 das Land und seit 14 Jahren im Bund. Und jetzt sagen Sie, Ampelpolitiker dürften nicht demonstrieren, Sie aber schon?

Nehmen wir die Bauern: Die Streichung der Steuererleichterung für Agrardiesel war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Im Übrigen geht es nicht nur um die Sache an sich. Sondern auch um den Umgang damit. Wenn Hunderttausende Bauern ein Thema haben, nach Berlin fahren und dann als einzige Antwort ein „Wir

lassen uns nicht erpressen“ bekommen, ist das ein Schlag ins Gesicht. Damit darf die Bundesregierung nicht durchkommen.

Macht sich Politik nicht erpressbar, wenn der, der am lautesten schreit, am Ende immer bekommt, was er fordert?

Eine Regierung, die sagt, ich lasse mich nicht von meinem Volk erpressen, macht im Grunde klar, dass sie schon abgewählt ist.

Franz Josef Strauß hat gesagt: Man muss dem Volk aufs Maul schauen, aber man soll ihm nicht nach dem Mund reden. Wo ziehen Sie da die Linie?

Nicht immer jedem recht geben, sondern im Gegenteil eine eigene Haltung haben. Die man aber auch erklären muss. Das wird dann auch honoriert.

Studien zeigen, dass fast jeder vierte AfD-Wähler ein manifest rechtsextremes Weltbild hat. Kann man die noch überzeugen?

Es ist Ihr Recht, diese Fragen zu stellen. Und meins, dass ich nicht die ganze Zeit über die AfD reden will. Wir können jetzt ständig um den heißen Brei herumreden. Oder mal zum Kern der Sache kommen.

Sie meinen das Reizthema Flüchtlinge? In den Aufnahmeeinrichtungen Sachsens ist derzeit knapp die Hälfte aller Plätze belegt. Ist die Lage wirklich so dramatisch?

Wenn das alle Bürgermeister und alle Landräte parteiübergreifend sagen, dann ist es so. Wenn es an Wohnungen mangelt, überall wieder Container und Zelte aufgebaut werden und es keine Schulplätze gibt, dann ist das ein Problem.

Was müsste konkret geschehen?

Wir brauchen einen parteiübergreifenden Ansatz, um die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge zu begrenzen. Wir müssen die Möglichkeit haben, Integration tatsächlich durchzuführen. Dazu muss man möglicherweise das Grundgesetz ändern.

Indem man das Individualrecht auf Asyl aus dem Grundgesetz streicht?

Die Menschen, die sich auf unser Asylrecht beziehen, kommen fast alle aus einem sicheren Nachbarland. Das Asylverfahren muss an den Außengrenzen Europas stattfinden. Und wir müssen die Sozialleistungen für Asylbewerber neu regeln. Die Bezahlkarte ist ein richtiger Schritt.

Umgekehrt braucht es dringend Fachkräfte aus dem Ausland. Wie soll da eine Willkommenskultur entstehen?

Das ist doch die andere Seite der Medaille. Durch die bestehende Überforderung fehlt Deutschland die Kraft, sich um die Integration jener Menschen zu kümmern, die wir hier dringend brauchen. Verantwortlich sind diejenigen, die nicht willens sind, das Problem der irregulären Migration zu klären.

Eine Studie kam vergangenes Jahr zu dem Ergebnis, dass 67 Prozent der Westdeutschen die AfD für eine Gefahr halten. Im Osten sind es weniger, nur etwas mehr als jeder Zweite. Weil es hier eine stärkere Neigung zu autoritären Strukturen gibt?

Der Osten ist der Seismograf einer Entwicklung. Wenn Sie möchten, dass die Umfragen nicht irgendwann in ganz Deutschland so aussehen, muss das Land handeln. Wir haben kein Erkenntnis-, wir haben ein Umsetzungsproblem. Es muss nicht enden wie in den Niederlanden und in anderen Ländern. Aber es wird so enden, wenn demokratische Parteien nicht die Probleme lösen, die aus Sicht der Bevölkerung drängen. Politiker haben nicht den Luxus, sich Themen und Wahlvolk aussuchen zu können.

Herr Kretschmer, Sie reden sich seit 2017 den Mund fusselig. Und trotzdem liegt die

AFD in Sachsen seit Monaten in Umfragen vor der CDU. Die Ampel trägt sicherlich einen Teil der Verantwortung. Aber das ist doch eine Entwicklung von vielen Jahren. Wenn Sie mit offenen Augen durch dieses Land gehen, sehen Sie, dass sich mit dem Dezember die Umfragen verändert haben. Das hat mit dem Umgang der Ampel mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zu tun. Und mit der Art und Weise, wie sie die Bauern behandelt.

Die Ampelpolitik können Sie nicht ändern. Sie hoffen für die Landtagswahl also auf ein Wunder?

Für uns ist wichtig: Wir wollen im Herbst ohne die Grünen eine Regierung bilden können. Weil wir sehen, wie sehr sich diese Partei verändert hat. Die Grünen achten nicht mehr darauf, was die wichtigen The-

„Der Osten ist der Seismograf einer Entwicklung“

men für das Land sind. Stattdessen werden sie immer ideologischer. Das polarisiert das Land, und dem muss man entgegenwirken.

Mit Grünen und SPD regieren Sie gerade. Falls es dafür nicht reicht: Muss sich die CDU Koalitionen mit der Linken öffnen?

Wie kommen Sie darauf? Laut manchen Umfragen, die Sie hier gern zitieren, schaffen die Linken es gar nicht in den Landtag.

Und wie wäre es mit einer Koalition mit dem neuen Bündnis Sahra Wagenknecht?

Die gibt es doch noch überhaupt nicht. Wer tritt denn für die hier an? Kennen Sie einen Namen? Ich kenne keinen.

Sabine Zimmermann, eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken.

Okay, aber eine allein reicht noch nicht.

Mit wem würden Sie denn koalieren wollen? Mit der AfD ja definitiv nicht.

Aus der Weimarer Zeit haben wir gelernt, dass demokratische Parteien untereinander immer koalitionsfähig sein müssen. Wir als Union müssen aber vermitteln, dass Menschen, die sehr bürgerlich, sehr konservativ und sehr wertorientiert sind, verstehen:

Die einzige Kraft, die eine Gestaltungsoption hat, ist die CDU.

Nur noch mal zur Klarstellung: Sie sehen keinerlei Anlass, den Unvereinbarkeitsbeschluss zur Linken zu ändern?

Nein.

Wäre es für Sie denkbar, sich als Minderheitsregierung tolerieren zu lassen?

Eine Minderheitsregierung ist schlecht, weil man eben nicht handlungsfähig ist. Sachsen ist deswegen so erfolgreich, weil es über Jahrzehnte eine stabile Regierung hatte. Das sage ich auch meinen Koalitionspartnern: Mag sein, dass wir unterschiedliche Meinungen haben. Aber wir haben diesem Land gedient, und es waren gute Jahre.

Wir sind verwirrt. Eben noch sagten Sie, mit den Grünen könne man nicht mehr regieren. Jetzt sagen Sie, dass Sie mit ihnen prima regiert haben. Was denn nun?

Ich habe deutlich gemacht, dass die Entwicklung der Grünen keine gute ist, sie entkoppeln sich von den Lebensrealitäten im ländlichen Raum.

In Ostdeutschland schauen die Menschen anders auf den Ukraine Konflikt als im Westen. Sie haben Putin einen „Verbrecher“ genannt, zugleich dafür geworben, nach dem Krieg wieder Energie aus Russland zu beziehen. Passt das zusammen?

Nach dem Krieg wäre es doch zumindest eine Option. Dieses „Nie wieder Beziehungen zu Russland“, was man von Annalena Baerbock hört, halte ich für falsch.

Was wäre Ihre Strategie mit Blick auf Russland und die Ukraine?

Wir brauchen dringend diplomatische Bemühungen, um den russischen Präsidenten zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Dazu wird man China, Indien und die anderen BRICS-Staaten brauchen. Und dann muss man die Zeit nutzen, sich auch militärisch so stark zu machen, dass ein Angriff auf die Ukraine, auf das Baltikum, auf die Europäische Union künftig nicht möglich ist, weil Russland große Konsequenzen als Reaktion zu erwarten hätte.

Was macht Sie so zuversichtlich, dass Putin verhandlungsbereit ist?

Ich bin überhaupt nicht zuversichtlich. Ich glaube sogar, dass es sehr schwierig wird. Aber es nicht zu versuchen ist ein riesiges Versäumnis. Ich freue mich, dass die Debatte um die Beendigung dieses schrecklichen Krieges offener geworden ist. Wir haben es in der Ampel mit Parteien zu tun, die Friedensparteien waren. Und die jetzt Menschen wie mich und andere, die gegen Waffenlieferungen und für diplomatische Beziehungen sind, in übelster Weise beschimpfen. Was macht das eigentlich mit einem Land?

Sie stehen auch innerhalb Ihrer eigenen Partei mit dieser Haltung isoliert da.

Nein, überhaupt nicht. Ich bin bei diesem Thema anderer Meinung als Friedrich Merz. Aber meine Haltung wird getragen von vielen Menschen in Deutschland.

Im Herbst versammelten sich Rechtsextreme unweit Ihres Wohnhauses. Sie und Ihre Familie haben Personenschutz.

Ist Ihr Engagement in der Politik das wert?

Wir dürfen das Land nicht diesen Extremisten überlassen. Es ist deshalb noch wichtiger als je zuvor, dass wir Demokraten standhaft bleiben und versuchen, gemeinsam das Beste zu erreichen.

Wie gehen Sie mit solchen Bedrohungen emotional um?

Ich versuche, meine Familie zu schützen, und bemühe mich vor allem, dass die Kinder das nicht mitbekommen. Das gelingt manchmal besser, manchmal schlechter.

Die Attacken auf Sie führten zu Strafverfahren. Verfolgen Sie die?

Ich zeige das immer an, wenn ich im Internet beleidigt werde. Zu den besonderen Erlebnissen der vergangenen Jahre gehörte ein „Täter-Opfer-Ausgleich“ mit einem Jugendlichen, der mich einschlägig beschimpft hatte. Ich kannte das nicht und wollte das unbedingt machen.

Wie läuft so etwas ab?

Man sitzt unter Moderation eines Jugendgerichtshelfers mit dem Täter, dessen Vater

und einem Polizisten zusammen und diskutiert den Fall. Was hatte er für Gründe? Und wie hat das auf mich gewirkt? Am Ende stand wirklich eine Art Versöhnung. Nicht nach dem Motto: Er entschuldigt sich schnell, dann ist es erledigt. Das ging tiefer. Was kann er als Wiedergutmachung anbieten? Wie wollen wir das gemeinsam lösen?

Was war das Motiv des Jungen?

Er war 15 und steckte in einer kruden Diskussionsblase. Jetzt hat er zum ersten Mal gesehen, dass auf der anderen Seite wirklich ein Mensch steht, der eine Familie hat und der vielleicht auch Argumente hat. Ich glaube, das wird sein Leben nachhaltig verändert haben. Und für mich war es auch eine wirklich gute Erfahrung. ✖

Beim Gespräch mit [Michael Kretschmer](#) in der [Staatskanzlei](#) gab es für die *stern*-Reporter

Benedikt Becker (l.) und **Miriam Hollstein** zum Kaffee Dresdner Stollen. Die Fotos machte **Sven Döring** zwei Tage später in einem Dresdner Hotel